

presse

Bundesregierung muss Tuberkulose-Bekämpfung stärker unterstützen

Anlässlich des Welttuberkulose Tages am 24. März 2010 erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

Die Bundesregierung muss alles daran setzen, um die Forschung und Entwicklung neuer, schneller und preiswerter Tuberkulosediagnoseverfahren zu fördern. In gleichem Maße muss sie die Entwicklung leicht anwendbarer und kostengünstiger Impfstoffe und Medikamente zur Bekämpfung von Tuberkulose fördern. Eine Aufstockung der Mittel für den Globalen Fond zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria für die dritte Auffüllperiode 2011-2013 ist ebenso notwendig, wie eine direkte Förderung von Produktentwicklungspartnerschaften, bei denen öffentliche und private Einrichtungen gemeinsam an Medikamenten und Diagnosemethoden forschen.

Denn seit Jahren steigt die Zahl der Tuberkuloseinfizierten wieder stetig an. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind im Jahr 2008 insgesamt 9,4 Millionen Menschen neu an Tuberkulose erkrankt (2007: 9,3 Millionen) und 1,86 Millionen Menschen (1,77 Millionen) daran gestorben. Auch für Deutschland ist die Krankheit eine Herausforderung. Noch immer sterben auch bei uns Menschen an Tuberkulose. In Osteuropa, unmittelbar vor unserer Haustür, steigt die Ansteckungsrate mit der resistenten TB-Form in erschreckendem Maße.

Die in den Entwicklungsländern angewandte Sputumdiagnose wurde bereits 1882 von Robert Koch entwickelt und hat nur eine Trefferquote von 50 Prozent. Seit über 30 Jahren hat sich die Standardbehandlung gegen TB nicht verändert.

Tuberkulose ist mit Antibiotika heilbar. Unbehandelt verläuft die Krankheit zumeist tödlich. Allerdings erfordert die Behandlung eine strikte Einhaltung der ärztlichen Verordnung und dauert mindestens sechs Monate. Hält sich ein Patient nicht daran, besteht die Gefahr, dass sich Resistenzen ausbilden, die eine Behandlung erheblich erschweren.

Die weltweite Bekämpfung von Tuberkulose ist eines der Millenniumsentwicklungsziele, die bis zum Jahr 2015 umgesetzt sein sollen und zu denen sich auch die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet hat.